

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/736**

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

Kiel, 10. April 2006

**Voraussichtliche Steuerentwicklung 2006;
Finanzausschusssitzung vom 16. März 2006**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in meinem zur o.g. Finanzausschusssitzung vorgelegten Umdruck 16/593 vom 22. Februar 2006 zur voraussichtlichen Steuerentwicklung 2006 konnten noch keine Angaben zu der vom Bund vorgesehenen Anhebung der Umsatzsteuer gemacht werden.

Diese Angaben liegen jetzt auf der Grundlage des Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 des Bundes vor und sind in die anliegende Übersicht aufgenommen.

Der Gesetzentwurf regelt im Steuerbereich die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 16 v.H. auf 19 v.H., die Änderung des Verteilungsschlüssels des Umsatzsteueraufkommens zugunsten des Bundes (Teilfinanzierung der Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung) und die Anhebung der Versicherungssteuer ab dem Jahr 2007.

Bei den finanziellen Auswirkungen werden nicht nur die originären Steuererhöhungen, sondern auch die daraus erfahrungsgemäß resultierenden Mindereinnahmen bei den Ertragsteuern berücksichtigt. Da diese Mindereinnahmen auch bei der Gewerbesteuer zu erwarten sind, werden die Mehreinnahmen der Kommunen aus der Umsatzsteuer ausgeglichen.

Der unterschiedliche Verteilungsmechanismus bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer hat zur Folge, dass gewerbesteuerschwache Gemeinden insgesamt ein positives Ergebnis aufweisen können, gewerbesteuerstarke Gemeinden ein negatives Ergebnis.

Für die schleswig-holsteinischen Gemeinden wird eher mit einem negativen Saldo gerechnet, allerdings profitieren die Gemeinden durch die Weiterleitung der Mehreinnahmen des Landes im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches in Höhe von rund 38 Mio. Euro, so dass im Ergebnis die Kommunen in 2007 Mehreinnahmen i.H.v. rund 35 Mio. Euro erwarten können.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass sich die finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren noch verändern können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rainer Wiegard

Finanzielle Auswirkungen steuerrechtlicher Änderungsvorhaben des Bundes auf Schleswig-Holstein (Land/Kommunen)

- Beträge in Mio € -

Maßnahme / Umsetzungsstand	2006		2007		2008		2009	
	L	K	L	K	L	K	L	K
Gesetz zur Beschränkung der Verlustrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen <i>- Gesetz vom 22.12.2005, BGBl. S. 2683</i>	6,0	3,9	17,7	11,5	23,3	15,1	23,3	15,1
Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage <i>- Gesetz vom 22.12.2005, BGBl. S. 3680</i>	2,5	1,9	16,5	12,9	24,7	19,4	32,9	25,8
Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm <i>- Gesetz vom 22.12.2005, BGBl. S. 3682</i>	0,4	0,3	6,9	4,5	11,6	7,6	12,6	8,4
Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen <i>- Gesetzgebungsverfahren (z.Zt. BR)</i>	3,0	1,7	7,0	4,3	9,1	5,7	9,1	5,7
Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung <i>- Gesetzgebungsverfahren (z.Zt. BR)</i>	-32,3	-19,8	-56,2	-60,5	-63,1	-73,7	-46,3	-50,5
Haushaltsbegleitgesetz 2006 des Bundes (nur steuerliche Maßnahmen) <i>- Basis: Entwurf HHBegleitgesetz Bund Finanztableau vom 21.02.06. sowie BMF-Schreiben vom 07.02.06. PS Hendricks; - wesentlicher Bestandteil: Anhebung Umsatzsteuerregelsatz ab 2007 um 3%-Punkte; nach den Planungen sollen den Ländern und Kommunen lediglich die Mehreinnahmen aus einer 2%-Punkte-Erhöhung zufließen</i>	0,0	0,0	176,2	34,8	209,6	28,9	214,7	30,3
Gesamt	-20,4	-12,0	168,1	7,5	215,2	3,0	246,3	34,8

Hinweise:

- Regionalisierung der bundesweiten Zahlen auf der Basis der Steuerschätzungen vom November 2005 (für 2006) bzw. Mai 2005 (für 2007-2009)
- Die Be- und Entlastungen sind jeweils nach KFA berechnet.